

Information zum Datenschutz und Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten

Sehr geehrte Klientinnen und Klienten,

der Schutz Ihrer persönlichen Daten ist eine wesentliche Grundlage für unsere Arbeit. Das Gesetz über den Kirchlichen Datenschutz (KDG) regelt den Datenschutz umfassend und berücksichtigt alle Neuerungen des europäischen Datenschutzrechts. Der Umgang mit ihren personenbezogenen Daten erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorgaben.

Zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung ihrer personenbezogenen Daten benötigen wir Ihre ausdrückliche Einwilligung. Diese kann mit der beigefügten Erklärung zur Einwilligung erteilt werden. Soweit die Einwilligung nicht erteilt wird, können unsere Angebote nicht oder nur eingeschränkt durchgeführt werden.

Wenn Sie sich bei uns anmelden, werden Ihre Kontaktdaten aufgenommen und gespeichert. Wenn Sie eine Beratung in Anspruch nehmen, werden persönliche Daten auf einem Fragebogen erfasst und elektronisch gespeichert. Dieser Fragebogen dient der Statistik und unserer Leistungskontrolle.

Am Ende der Beratung werden Ihre Kontaktdaten gelöscht und die Daten des Fragebogens können Ihrer Person nicht mehr zugeordnet werden. Sie können jederzeit in der Beratungsstelle erfragen, welche Daten von Ihnen gespeichert sind sowie die Berichtigung oder Löschung beantragen.

Des Weiteren weisen wir auf die gesetzlichen Schweigepflichtbestimmungen nach § 203 Strafgesetzbuch hin. Ohne eine von Ihnen unterschriebene Schweigepflichtentbindung dürfen wir weder mit anderen Personen in Kontakt treten, noch Unterlagen von Dritten (z. B. Behörden oder Ärzte) annehmen. Gemäß § 201 Strafgesetzbuch ist die unbefugte Aufzeichnung vertraulich geführter Gespräche untersagt. Dies gilt auch für telefonische Beratungen sowie Beratung per Videokonferenz.

Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten

Hiermit willige ich

(Vorname, Name)

wohnhaft in

(Straße, Hausnr.)

(PLZ, Ort)

ein, dass meine personenbezogenen Daten zur Erbringung des Angebots der Beratungsstelle Ruf und Rat und zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben erhoben, elektronisch verarbeitet und an der Beratungsstelle genutzt werden dürfen.

Ich willige auch darin ein, dass die Erhebung und Verwendung meiner personenbezogenen Daten zu statistischen Zwecken erfolgt. Für die statistische Verwendung werden die Daten ausschließlich in anonymisierter Form an Dritte weitergegeben.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Einwilligung in die Verarbeitung der vorbenannten personenbezogenen Daten auch auf Daten hinsichtlich der Gesundheit als besondere Art personenbezogener Daten bezieht.

Mir ist bekannt, dass die Einwilligung zur Verarbeitung der Daten freiwillig abgegeben wird und jederzeit gegenüber der Beratungsstelle Ruf und Rat für die Zukunft widerrufen werden kann.

Ein Widerruf ist zu richten an:

Ruf und Rat
Hospitalstraße 26
70174 Stuttgart

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Datenschutzinformation gemäß § 15 KDG

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist: Ruf und Rat Hospitalstraße 26 70174 Stuttgart Tel: 0711 226 20 55 E-Mail: beratungszentrum@ruf-und-rat.de	Kontakt Daten der betrieblichen Datenschutzbeauftragten: Bischöfliches Ordinariat Stabsstelle Datenschutz Postfach 9 72101 Rottenburg Tel: 07472 169-890 Fax: 07472 169-83890 E-Mail: datenschutz@bo.drs.de
--	--

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten für die Kontaktaufnahme und zur Durchführung der Beratung sowie für Zwecke der Statistik und unserer Leistungskontrolle. Rechtsgrundlage bei Erteilung einer ausdrücklichen Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist § 6 Abs. 1 b) KDG. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird davon nicht berührt.

Dauer der Speicherung

Am Ende der Beratung werden Ihre Kontaktdaten gelöscht und die Daten des Fragebogens können Ihrer Person nicht mehr zugeordnet werden. Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, beispielsweise in Fällen der Kindeswohlgefährdung. Hier sind die gesetzlichen Verjährungsfristen für uns maßgeblich.

Rechte der Betroffenen

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen bestehen folgende Rechte:

- das Recht auf Auskunft nach § 17 KDG,
- das Recht auf Berichtigung nach § 18 KDG,
- das Recht auf Löschung nach § 19 KDG,
- das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach § 20 KDG,
- das Recht auf Datenübertragbarkeit nach § 22 KDG,
- das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung nach § 23 KDG, sowie
- das Recht zur Beschwerde bei der Datenschutzaufsicht nach § 48 KDG.

Kontakt Daten der Datenschutzaufsicht

Katholisches Datenschutzzentrum Frankfurt a.M.

Frau Ursula Becker-Rathmair

Haus am Dom

Domplatz 3

60311 Frankfurt

Tel.: 069 800871 - 88 00

Fax: 069 800871 - 88 15

E-Mail: info@kdsz-ffm.de